



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Irrungen, Wirrungen, Klärungen : zur Lage in Preußen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Irrungen, Wirrungen, Klärungen

Zur Lage in Preußen



Sogar für einen aufmerksamen preußischen Politiker war es in den letzten Wochen schwer, sich ein klares Bild von der innern politischen Lage Preußens zu machen. Fest stand nur, daß die Mehrheit des Abgeordnetenhauses auch der zweiten, vom Grafen Bülow in der Thronrede mit großem Nachdruck angekündigten wasserwirtschaftlichen Vorlage ablehnend gegenüberstand, und daß die Verhandlungen der Kanalkommission eine schier ermüdende, zuweilen an Obstruktion erinnernde Breite angenommen hatten. Graf Bülow kam nicht in die Kommission, überließ es vielmehr dem Ressortminister von Thielen, die Vorlagen der Regierung mit allerdings überlegener Sachkenntnis gegen die von den verschiedensten Seiten dagegen gerichteten Angriffe zu vertreten. Daß die parlamentarischen Chancen der Vorlage, und zwar nicht bloß des Mittellandkanals, sondern auch anderer höchst wichtiger Teile des Gesamtprojekts schlecht waren und immer schlechter wurden, war deutlich genug. Aber für eine Kombination, auf welche Weise die stark engagierte Staatsregierung ihren Hals aus der immer enger werdenden Schlinge ziehn würde, fehlte es an jedem Anhalt. Die freisinnigen Parteiblätter ließen sich unter diesen Umständen die Gelegenheit nicht entgehn, mit den gewagtesten Behauptungen alles aufzubieten, um die konservativen Parteien von der Regierung zu trennen und sich selbst oder doch ihre Leute dem Kaiser als die allein möglichen Retter aus aller Not anzupreisen. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Gelegenheit dazu ungemein günstig erschien. Nicht bloß wegen der begeisterten Vorliebe des Kaisers für den Kanal, sondern in den letzten Tagen auch wegen einer angeblichen Verstimmung zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler. Man erzählte geheimnisvoll — übrigens nicht bloß in liberalen Kreisen —, der Kaiser habe während der Abwesenheit des Grafen Bülow von Berlin ohne vorherige Fühlung mit diesem in Petersburg bestimmte Schritte in betreff unsers künftigen Zollabkommens mit Rußland gethan. Dagegen habe Graf Bülow sich — natürlich in aller Form und Ehrerbietung — verwahren müssen und verwahrt, sodas sein Rücktritt schon in den Bereich der Möglichkeit gerückt gewesen sei. Ob an dieser Erzählung irgend ein Feszen Wahrheit war, können wir nicht verraten, weil wir es nicht wissen. Mißverständnisse und Irrungen solcher Art sind allezeit möglich, wenn sie sich auch in der Regel ganz anders abspielen, als sie nachträglich in parlamentarischen Kreisen erzählt zu werden

pflegen. Jedenfalls aber war, wenn wirklich etwas derartiges vorgekommen sein sollte, der Zeitpunkt mit großer Schlaueit gewählt, um unter dem Hinweis auf die ungünstigen Aussichten des Kanalprojekts auf den „kanal- und kaiserfeindlichen Bund zwischen Junkern und Pfaffen,“ d. h. zwischen den konservativen Parteien und dem Zentrum gegen das „konservative“ Ministerium Bülow zu hegen. Und merkwürdig! Je tollere Sprünge bei dieser Hege gemacht wurden, desto glaubhafter und wahrscheinlicher erschien der ganze Spud den Zeitungsphilistern und politischen Windhunden.

In diesen Hexensabbath dunkler Ehrenmänner fiel am Abend des Donnerstags, des 2. Mais, wie ein Sonnenstrahl die offizielle Nachricht, daß Freitag, den 3. Mai sechs Uhr auf Veranlassung des Staatsministeriums eine vereinigte Sitzung beider Häuser des Landtags zur Entgegennahme einer allerhöchsten Botschaft im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses anberaumt worden sei.

Im Abgeordnetenhause wirkte diese Nachricht geradezu verblüffend, und zwar gleichmäßig bei allen Fraktionen. „Aha! sagten die Freisinnigen, jetzt wird Bülow seinen »drei Getreuen« zeigen, was eine Harke ist. Er löst auf.“ Die Nationalliberalen wußten sich keinen rechten Vers auf die Sache zu machen. „Löst er auf, sagten sie, so täuscht er sich, denn die Kanalvorlage ist keine sieghafte Wahlsparole. Er bekommt eher noch eine kanalfeindlichere, als eine kanalfreundliche Majorität. Löst er nicht auf, so kriecht er vor den Agrariern und dem Zentrum ins Mauselloch.“ Sogar die Konservativen und die Freikonservativen waren zweifelhaft und geteilter Meinung. Daß die gemeinsame Sitzung der beiden Häuser nur den Schluß der Session und nicht etwa Auflösung bedeutete, war ihnen aus frühern Vorgängen klar, und sie wußten, daß derartige Gepflogenheiten in Preußen nicht leicht aufgegeben werden. Aber wie sich die Regierung nach dem Schluß der Session zu ihnen stellen werde, lag vor vielen von ihnen doch in unheimlichem Dunkel. Man konnte sich darüber nicht täuschen, daß durch den Schluß des Landtags auch die dringend gewünschte Vorlage wegen anderweitiger Dotation der Provinzen in den Brunnen fallen würde. An einer Verstärkung der Provinzialdotationen hatte aber der ländliche Grundbesitz ein sehr großes Interesse. Auch sonst waren noch einige Gesetze und Anträge im Rückstande, deren Durchberatung und günstige Erledigung im Abgeordnetenhause wie im Lande dringend gewünscht wurde. So, um außer der Kleinbahnfrage nur einen Gesetzentwurf zu nennen, der Plan der Begründung eines besondern Oberpräsidiums für Berlin. Er lag den Konservativen sehr am Herzen. Nur daß sie keinen Oberpräsidenten, sondern neben dem Polizeipräsidenten einen besondern Regierungspräsidenten für Berlin haben wollten. Die verständigern Abgeordneten sagten sich freilich, daß alle diese Dinge angesichts der Kanalvorlage und der sich an eine etwaige förmliche Niederlage der Regierung knüpfenden politischen Konsequenzen wahre Minutien sind, die gar nicht in Betracht kommen können, wenn es sich um eine wohl überlegte Aktion der Regierung handelt. Ist es bisher angegangen, die Geschäfte ohne Änderung der Gesetzgebung ordnungs-

mäßig zu erledigen, so wird das auch noch für ein Jahr länger möglich sein. Mit den vorhandenen Unzuträglichkeiten wird man sich abfinden, wie man das bisher wohl oder übel auch hat thun müssen.

Nicht weniger betroffen als die Abgeordneten erschien das Berliner Publikum. In der ganzen Zeit, seitdem das neue Abgeordnetenhaus bezogen und im Gebrauch ist, sind die Tribünen noch nie so gefüllt gewesen, wie am Schlusse der Session in der gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Landtags. Man hatte sich eingebildet, Graf Bülow werde irgend einen besondern Coup ausführen, etwas ganz Sensationelles sagen. Jeder Kundige wußte, daß davon keine Rede sein konnte. Sämtliche Mitglieder des Staatsministeriums, auch die beiden Minister ohne Portefeuille, Tirpitz und Graf Posadowsky, waren vollzählig erschienen. Außer dem Kriegsminister und dem Marine-Sekretär, die ihre Uniform trugen, hatten die Minister den schwarzen Frack ohne Ordensabzeichen mit schwarzer Halsbinde angelegt. Graf Bülow verlas die Botschaft des Königs, die ihn mit dem Schlusse der Landtags-Session beauftragte, fügte einige ruhige Worte der Erläuterung hinzu und schloß dann im Namen des Königs den Landtag. Man konnte sich den Verlauf der ganzen Sache nicht schlichter, ruhiger, staatsmännischer und würdiger denken.

Die politische Bedeutung dieses Akts ist aber nach unsrer Auffassung folgende.

Das Ministerium des Grafen Bülow ist längst, schon bevor dieser die Leitung übernahm, ein Ministerium der Sammlung gewesen. Nicht eigentlich ein Kartellministerium. Dazu waren die einzelnen Minister politisch einander zu ähnlich: geschäftlich gewiegte, ja hervorragende Männer, dem Kaiser, dem Lande und ihrer Pflicht bis auf die Knochen treu ergeben; keiner von ihnen bis auf den Finanzminister parteipolitisch eingeschworen oder engagiert, und auch dieser einzige ein Realpolitiker, dem die Erreichung eines dem Lande nützlichen Ziels über die parteipolitische Tendenz ging, Männer ausgezeichneter Qualität, zu den allerbesten des Landes gehörig und als solche anerkannt, die weitaus meisten von ihnen nicht gerade geniale Übersieger nach Art des Fürsten Bismarck, aber von ausreichender Bedeutung, die Autorität ihres Ressorts zu wahren und zugleich Sammelpunkte für die fast in allen Fraktionen vorhandenen parlamentarischen Kräfte zu werden, denen die realen Interessen des Königtums und des Landes über die Schlagworte und Stimmungen der Fraktion gehen.

Diese Sammelpolitik ist auch nach der Übernahme der Leitung durch den Grafen Bülow die allen Ministern gemeinsame Tendenz geblieben. Maßgebend war diese Tendenz auch noch bei der Einbringung der ersten Kanalvorlage im Jahre 1899. Niemand, kein einziger der damaligen Minister konnte den verhängnisvollen Verlauf dieser Vorlage voraussehen. Sie war ursprünglich als eine rein wirtschaftliche gedacht. Wäre sie das geblieben, so würde an den beklagenswerten Zwiespalt, der auf Grund dieser Vorlage entstanden ist, nicht zu denken gewesen sein.

Das Gepräge der Vorlage blieb aber nicht rein wirtschaftlich. Der Träger der Krone trat öffentlich in der Dortmunder Rede mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit für die Vorlage ein. Diese Rede hatte keinem Minister vorher vorgelegen. Das hätte nach dem Rezept des deutschfreisinnigen Schablonenparlamentarismus natürlich zu einem großen Konflikt zwischen den Ministern und ihrem königlichen Herrn führen müssen. In Preußen regiert aber glücklicherweise die Schablone nicht, und die Minister traten für die Rede des Königs mit ihrer Verantwortlichkeit ein. Sie konnten gar nicht anders handeln. Denn sie selbst hatten dem Könige die Vorlage vor der Einbringung warm empfohlen. Wenn der König sie kraft seiner persönlichen Machtvollkommenheit vor dem Lande mit der ihm eignen, impulsiven Wärme empfahl, so mag das für den einen oder den andern Minister, z. B. für Herrn von Miquel, der wohl von vornherein mit einiger Zurückhaltung und Kühle dem Kanalbauprojekt zugestimmt haben mochte, nicht eben bequem gewesen sein. Wer aber preußische Verhältnisse, wer den Kaiser und seine Art, mit seinen Ministern zu verkehren, wer die Traditionen des preußischen Staatsministeriums auch nur einigermaßen kennt, der mußte sich von vornherein sagen, daß ein Rücktritt der Minister um jener Dortmunder Kaiserrede willen völlig undenkbar war. Die Minister haben vielmehr, was für sie selbstverständlich war, die Dortmunder Rede als ein *fait accompli* hingenommen, für das mit allen seinen Konsequenzen einzutreten sie sich auch nicht einen Augenblick besinnen konnten.

Und doch war dadurch mit einem Schlage die gesamte Situation von Grund aus verändert. Die an und für sich rein wirtschaftlich gedachte Kanalvorlage war ein weithin leuchtendes politisches Janal geworden. Wer gegen sie stimmte und agitierte, stimmte und agitierte ausgesprochenmaßen gegen den nachdrücklich und öffentlich erklärten Willen des Kaisers. Eine ganz verzweifelt schwierige Situation namentlich für die konservativen Parteien. Schon dem unabhängigen konservativen Abgeordneten wird es nicht leicht, wenn seine politische Überzeugung ihn nötigt, dem erklärten politischen Willen seines Landesherrn neugierend gegenüberzutreten. Indessen wer ein Abgeordnetenmandat annimmt, weiß im voraus, daß er in Lagen kommen kann, wo seine Überzeugung und seine Pflicht als Abgeordneter ihm unausweichlich gebieten, auch im Konflikt mit dem Könige lediglich seinem sachlichen Gewissen zu folgen. Tragisch wurde hier dieser Konflikt aber dadurch, daß eine große Menge konservativer und auf ihre Kanalgegnerschaft in der Fraktion schon festgelegter Abgeordneter zugleich nicht bloß staatliche, sondern politische Beamte waren, königliche Beamte, die in ihrem Hauptberufe politische Organe der Regierung und als solche genötigt und verpflichtet waren, die politischen Maßnahmen des Königs und seiner Regierung mit allen ihren Kräften auszuführen und dafür einzutreten, Landräte und Regierungspräsidenten, deren unbedingter Gehorsam gegen die Regierung von der Landesgesetzgebung dergestalt vorausgesetzt wird, daß sie der Regierung die Ermächtigung erteilt hat, sie ohne An-

gabe von Gründen jederzeit zur Disposition zu stellen. Sie kamen in Konflikt zwischen ihrer Abgeordnetenpflicht und ihrem Beamtengeissen. Es gab damals für diese Abgeordneten, da sie durch Mandatsniederlegung nur der von ihnen bekämpften Maßregel zum Siege verholfen hätten, nur einen einzigen loyalen Weg, sich aus diesem Konflikte zu befreien, das war die Niederlegung ihres Amtes. Vor dem Könige, vor der Regierung und vor dem Lande würden sie damit einen Akt der Selbstverleugnung und Pflichttreue vollzogen haben, den man ihnen hoch, sehr hoch hätte anrechnen müssen und auch angerechnet haben würde. Die Grenzboten haben seiner Zeit diese Auffassung vertreten,*) und wenn die Herren Graf Stirum und von Heydebrand diese Auffassung in ihrer Fraktion damals vertreten hätten, so würde das ein Akt weiser Voraussicht und großer politischer Klugheit gewesen sein. Viel Herzeleid und böses Blut wären uns dann erspart geblieben. Es kam anders. Die politischen Beamten stimmten geschlossen gegen den Kanal und brachten ihn zu Fall. Es erfolgte nunmehr ihre Zurdispositionstellung. Sie mußte erfolgen, wenn nicht der König vor seinen Landräten kapitulieren sollte. Darüber hat im Staatsministerium unsers Wissens nie eine Meinungsverschiedenheit bestanden. Alle Minister fühlten das Tieffschmerzliche dieser Maßnahme, einige sogar sehr schwer. Sie sahen auch die Bitternisse voraus, die aus dieser Saat erwachsen mußten. Aber alle ohne Ausnahme fühlten sie, daß ihre Verantwortung vor dem Könige und dem Lande keinen andern Weg zuließ. Es war eben eine gründlich verfahren Situation. Der verhängnisvolle Irrtum aber lag bei den Abgeordneten, die als aktive Landräte direkt gegen ihre Regierung und — was nach allen vorausgegangnen Einzelheiten das Schlimmste war — gegen ihren König stimmten, statt freiwillig ihr Amt zu opfern, um für die Bethätigung ihrer Abgeordnetenüberzeugung Raum zu bekommen.

Immerhin alle Achtung vor den Männern, die zwar geirrt haben, aber tapfer genug waren, mit ihrer ganzen Person für ihre Überzeugung einzustehn! Es war durchaus richtig gehandelt, daß die Regierung der schweren Lage, in der diese Beamten schon wegen des Fraktionsdrucks gewesen waren, Rechnung trug und sie nach und nach wieder anstellte. Der neuerdings von der freisinnigen Presse wiederholte ausgesprochne Gedanke, daß man gehofft habe, durch diese Wiederanstellungen eine Mehrheit in der konservativen Fraktion für die zweite Kanalvorlage zu erzielen, ist so ordinär und subaltern, daß er niedriger gehängt zu werden verdient. Graf Bülow hat echt staatsmännisch gehandelt, als er jeden Zweifel darüber ausschloß, daß die Regierung bei ihrem neuen und erweiterten wasserwirtschaftlichen Projekt — diesmal sichtlich unter Zustimmung des Kaisers — ausschließlich vom wirtschaftlichen Standpunkt ausging. Ob die Erweiterung dieses zweiten Projekts durch die zugleich vorgelegten Pläne zu den großartigen Kompensationsbauten taktisch richtig war, mag dahin

*) Grenzboten, Jahrgang 58 von 1899, Nr. 45, Seite 273 „Die Staatsregierung und die Konservativen in Preußen.“

gestellt bleiben. Es läßt sich ja nicht leugnen, daß durch diese kolossale Erweiterung des ursprünglichen Mittellandkanalprojekts auch die Angriffsfläche für die Gegner der Regierung beträchtlich vergrößert wurde. An sich war die schnelle Vorlegung und die Vertretung dieser wahrhaft großartigen Projekte eine bewundernswerte technische und geschäftliche Leistung. Daß diese solide und mühsame Arbeit für immer unter den Tisch gefallen sein sollte, halten wir für ausgeschlossen. Wahr ist, daß sich allmählich auch in den Reihen des Zentrums das Interesse für das Zustandekommen des Mittellandkanals mehr und mehr abkühlte. Das lag zunächst in der wesentlich ablehnenden Haltung des Ministers von Thielen gegenüber der vom Zentrum gewünschten Lippelinie. Aber gerade weil manche Zentrumsleute sich überzeugen mußten, daß die Bevorzugung der Emscherlinie durch die Regierung nicht auf einer bloßen Marotte beruhte, erkaltete ihr Eifer für das ganze Projekt von einer Sitzung der Kommission bis zur andern mehr und mehr.

Mit Staunen und nicht ohne Sorge sahen patriotische Männer auf den Verlauf der Verhandlungen in der Kommission. Aber es gab doch in Berlin auch Männer, die sich zu dem Grafen Bülow zuversichtlich eines rechtzeitigen und einsichtigen Einschreitens glaubten versehen zu dürfen. Sie haben Recht behalten. Der Schluß des Landtags war der erfreuliche Ausdruck dieser Aktion.

Von den Mitgliedern der Kanalkommission gehörten zehn zur konservativen, vier zur freikonservativen, fünf zur nationalliberalen Fraktion, sieben zum Zentrum, einer zur freisinnigen Volkspartei, einer zur freisinnigen Vereinigung. Dieses Verhältnis der Fraktionszugehörigkeit der Kommissionsmitglieder spiegelt ziemlich deutlich die Chancen der Vorlage wieder. Sowohl in der Kommission, wie im Plenum. Nun wäre aber zweifellos schon die Ablehnung der Vorlage, insbesondere des Mittellandkanals in der Kommission nicht nur im Lande, sondern in der ganzen Welt als eine Niederlage der Regierung, in gewissem Sinne kann man sagen als eine Niederlage des Königs empfunden worden. Es konnte nicht ausbleiben, daß man diesen Widerspruch gegen einen dringenden Wunsch Seiner Majestät ungeachtet der völlig veränderten Umstände mit der Ablehnung der ersten Kanalvorlage im Jahre 1899 in eine unliebsame Verbindung gebracht, und daß man, wenn die Staatsregierung wieder, Gewehr bei Fuß, dabei gestanden hätte, darin eine Fortsetzung ressortmäßigen Weiterwurstelns ohne klare, bewußte und energische Leitung gesehen hätte. Das hat Graf Bülow klar erkannt. Darum hat das Staatsministerium dem Könige die Ordre zur Schließung der Session vorgelegt und ihn von deren Nützlichkeit zu überzeugen gewußt. Und dieses frische, offene, bewußte Handeln des Ministerpräsidenten hat bei allen Patrioten Freude erregt. Wir wissen und sehen doch, Gott sei Dank, wieder, daß regiert wird, und zwar flug, umsichtig und thatkräftig regiert wird. Darin hatten die nationalliberalen Abgeordneten mit den langen Gesichtern, die sie am Freitag in den Foyers des Hauses machten, vollkommen Recht: eine Auflösung des Abgeordnetenhauses hätte mit Sicherheit zu einer ganz eklatanten Nieder-

lage der Regierung geführt. Diese Kanalvorlage mit ihren Annexen, diese kolossale Millionenforderung war keine Wahlsparole, die der Regierung eine bessere Majorität hätte schaffen können. Unter allen Umständen wäre die Macht des Zentrums durch Neuwahlen noch verstärkt worden. Aber damit hatten sie Unrecht, daß sie behaupteten, die Regierung sei vor den Agrariern und dem Zentrum ins Mauselloch gekrochen. Gerade das Gegenteil ist richtig. Nicht die Konservativen sind zur Zeit die Herren der Situation, sondern die Regierung hat sich durch die Schließung ihre volle Freiheit gewahrt. Sie — und sie allein — hat jetzt den Schlüssel zur Fortsetzung auch ihrer Kanalpolitik in der Hand. Sie hat jetzt neun Monate Zeit, sich zu überlegen, wie sie die Sache weiter angreifen will. Und daß sie freie Bahn geschaffen hat, ist — alles in allem genommen — sogar für die Kanalgegner eine Erleichterung. Auch sie fühlten sich zuletzt nichts weniger als behaglich, wenn sie auch um der leidigen Konsequenz willen zuversichtlicher thaten, als sie waren. Aber auch sie wissen, daß die Handelsverträge vor der Thür stehn. Auch für diese und seine Handelspolitik überhaupt hat Graf Bülow durch die Schließung des Landtags freie Bahn geschafft. Auch hier ist er vollkommen Herr der Situation geblieben. Wir können in Preußen in diesem Augenblick keinen Konflikt brauchen. Das muß jeder wahre Freund des Vaterlands einsehen, sofern er nicht durch die Parteibrille sieht. Und diesen Konflikt jetzt glücklich und unter voller Wahrung der königlichen Autorität vermieden zu haben, das ist das unbefreitbare, große Verdienst des Grafen Bülow.

Es wird in Preußen regiert, und es wird klug und geschickt regiert. Das ist das Facit, das man getrost unter den großen Strich der diesjährigen Landtagsession setzen kann. Thatsächlich liegt jetzt der Schlüssel unsrer politischen Zukunft allein in der starken Hand des Kaisers und seiner Regierung. Als den frondierenden Führern das klar wurde, mögen sie wohl etwas verdutzt dreingeschaut haben. Wenn sie sich die Sache aber in aller Ruhe überlegen, müssen sie sich bei dem Grafen Bülow bedanken. Daß der Kaiser mit dem Verhalten seiner „allergetreuesten Opposition“ nicht gerade sehr zufrieden sein konnte, war begreiflich genug, sogar für nicht sehr hellhörige Leute. Daß sich dieses Verhältnis noch verschärft haben würde, wenn Graf Bülow nicht ein Einsehen gehabt hätte, ist klar wie die Sonne. Eine konservative Partei aber in dauernder persönlicher Opposition gegen den König ist in Preußen ein Unding. Und wer dabei zuletzt den kürzern gezogen hätte, liegt auf der Hand.

Gewiß ist die Landwirtschaft in Preußen etwas, das sein gutes Recht hat. Und eine gerechte Staatsregierung wird ihm dieses sein Recht auch bei dem Neuabschluß der Handelsverträge zu wahren wissen. Aber eine Regierung, die sich von dem Bunde der Landwirte eine für die Entwicklung der Industrie tödliche, einseitige Handels- und Zollpolitik wollte diktieren lassen, ist in Preußen auf die Dauer ebenso unmöglich, wie eine einseitige Industriepolitik mit brutaler und ungerechter Vernichtung der landwirtschaftlichen Interessen.

Aber die abgehenden Minister? Nun, die Grenzboten sind keine Tageszeitung. Darum nur soviel davon, daß die Abschiedsgesuche der drei Minister von Miquel, von Hammerstein und Brefeld zwar zeitlich mit dem Schlusse der Landtagsession zusammenfallen, daß sie aber thatsächlich durch das Nichtzustandekommen der Kanalvorlage unmöglich veranlaßt sein können. Der Minister von Miquel ist im vorigen Jahre beinahe ebensoviele Tage krank wie arbeitsfähig gewesen. Er hat sich längst nach Ausspannung aus dem drückenden Soche gesehnt. Er ist eine große Kraft. Sein Ausscheiden bedeutet für den Kaiser und den Grafen Bülow einen großen Verlust. Aber er hat sich im Dienste des Landes zerarbeitet. Die Ruhe muß ihm gegönnt werden. Der Landwirtschaftsminister von Hammerstein ist noch zwei Jahre älter als Herr von Miquel. Ganz so warm wie dieser ist er im preußischen Dienste nicht geworden. Immerhin hat er nach dem Maße seine Kraft geleistet, was er vermochte. Ein Gehörleiden machte den mündlichen Verkehr mit ihm in den letzten Jahren nicht leicht. Daß er die Gelegenheit benutzt, um auf sein schönes Gut Loxten im Osnabrückischen zurückzukehren und sich dort wohlverdienter Ruhe zu erfreuen, hat nichts Verwunderliches. Der Handelsminister Brefeld endlich hätte auch ohne Mittellandkanal sein Ressort noch weiter leiten können. Von ihm läßt sich auch nicht sagen, daß er alt, krank, arbeitsmüde sei. Engagiert war er für die Kanalvorlage verhältnismäßig nur wenig, nach unsrer Auffassung allzuwenig. Wenn auch er den Schluß der Landtagsession benutzt hat, sein Entlassungsgesuch einzureichen, so läßt sich dies nur daraus erklären, daß er sich von den bevorstehenden Verhandlungen über den Abschluß neuer Handelsverträge keinen Erfolg versprechen zu dürfen glaubt, der völlig seinen handelspolitischen Zielen und Grundsätzen entspräche. Ist das aber der Grund seines Rücktritts, so muß man die Ehrlichkeit dieses Motivs respektieren. Alle drei Staatsmänner gehn in allen Ehren. Es ist im modernen Staatsleben nicht anders. Die Kräfte werden verbraucht, und neue Männer rücken allmählich an die Stelle der alten zur Bewältigung der sich unablässig erneuernden Aufgaben.

Die preußische Regierung hat im modernen Staatsleben eine mehr als gewöhnliche Bedeutung. In ihr ruht der Schwerpunkt der deutschen Reichspolitik. Preußen ist überdies zugleich typisch für das monarchische Königtum der Neuzeit. Darum sind die Augen der ganzen Kulturwelt nach Berlin gerichtet. Mit den „Augen der ganzen Welt“ wird zwar in der heutigen Publizistik viel Unfug getrieben. Hier aber ist der Ausdruck wahr und keine leere Phrase. Soweit Menschengenossen reichen, sind wir unter tapfren, von großen Gedanken getragener Führung auf dem rechten Wege. Möge es so bleiben und fröhlich vorwärts gehn, zum Trotz allen Philistern und Phrasenhelden!

